

ZAHL DER SCHÜLER IM SCHULJAHR 2016/2017 UM 0,3 % GESTIEGEN

Nach vorläufigen Ergebnissen werden im Schuljahr 2016/2017 rund 11,0 Millionen Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Deutschland unterrichtet. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, entspricht dies einer leichten Zunahme von 0,3 % im Vergleich zum vorhergehenden Schuljahr. Damit ist die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler erstmals seit dem Schuljahr 2000/2001 wieder leicht angestiegen. Der Anstieg zum Vorjahr beschränkt sich dabei auf die Jungen. So stieg die Zahl der Schüler gegenüber dem Schuljahr 2015/2016 um 0,7 % auf 5,7 Millionen an, während die Zahl der Schülerinnen um 0,1 % auf jetzt 5,3 Millionen weiter leicht zurückging.



Im laufenden Schuljahr besuchen insgesamt 8,4 Millionen Schülerinnen und Schüler allgemeinbildende Schulen (+ 0,4 %). An den beruflichen Schulen werden 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2016/2017 unterrichtet. Im Vergleich zum

vorhergehenden Schuljahr blieb diese Zahl somit annähernd konstant. Die Schülerzahlen an Schulen des Gesundheitswesens nahmen um 0,7 % auf 154 000 zu. Die Zahl der Schüler wird u. a. durch die Schulstrukturereformen, das Bildungsverhalten

sowie die demografische Entwicklung beeinflusst. Der Anstieg der aktuellen Schülerzahlen zum Vorjahr dürfte maßgeblich auf Zuwanderung aus dem Ausland zurückzuführen sein. Ende 2015 gab es in Deutschland 11,5 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis unter 20 Jahren, davon hatten 1,1 Millionen (9,5 %) nur eine ausländische Staatsangehörigkeit. Während die deutsche Bevölkerung in dieser Altersklasse im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 % sank, stieg die ausländische Bevölkerung um 27,2 %. Bei der ausländischen männlichen Bevölkerung in dieser Altersgruppe lag der Anstieg mit + 35,5 % höher als in der weiblichen Bevölkerung (+ 18,1 %). Insgesamt nahm die Bevölkerung in Deutschland im Alter von 5 bis unter 20 Jahren um 1,7 % zu. Eine exakte Quantifizierung des Einflusses der Zuwanderung auf die Schülerzahlen ist allerdings nicht möglich, da die Staatsangehörigkeit im Rahmen der vorläufigen Ergebnisse nicht erfasst und erst mit den endgültigen Ergebnissen der Schulstatistik nachgewiesen werden kann. Auch erfolgt keine flächendeckend gesonderte Erfassung von schulpflichtigen Schutzsuchenden oder Klassen für Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse.

SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER IM SCHULJAHR 2016/2017 ¹				
Land	Insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
		insgesamt	darunter an:	
			allgemein-bildend. Schulen	berufl. Schulen
Baden-Württemberg ²	1 553 436	0,0	- 0,2	0,5
Bayern	1 667 840	- 0,7	- 0,5	- 1,7
Berlin	443 963	2,8	3,0	2,1
Brandenburg	287 319	2,7	2,6	3,4
Bremen ³	92 691	1,3	1,8	-
Hamburg	249 344	1,0	1,3	- 0,2
Hessen	833 201	1,0	0,7	1,7
Mecklenburg-Vorpommern ⁴	179 097	1,9	2,4	-
Niedersachsen ⁵	1 129 681	0,1	0,1	-
Nordrhein-Westfalen	2 568 248	0,0	0,2	- 0,5
Rheinland-Pfalz	544 548	- 0,2	- 0,1	- 0,6
Saarland ⁵	128 433	0,8	1,1	-
Sachsen	463 773	2,3	2,5	1,6
Sachsen-Anhalt	241 477	1,7	1,8	1,5
Schleswig-Holstein	397 496	- 1,3	- 2,0	0,8
Thüringen	240 514	1,3	1,8	- 0,6
Insgesamt	11 021 061	0,3	0,4	0,0
davon				
weiblich	5 295 388	- 0,1	0,2	- 1,0
männlich	5 725 673	0,7	0,6	0,8

1) Vorläufige Daten (Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz: für allgemeinbildende Schulen endgültiges Ergebnis).

2) Private berufliche Schulen und Schulen des Gesundheitswesens: Ergebnisse des Vorjahres.

3) Berufliche Schulen und Schulen des Gesundheitswesens: Ergebnisse des Schuljahres 2013/2014.

4) Berufliche Schulen: Ergebnisse des Vorjahres.

5) Berufliche Schulen und Schulen des Gesundheitswesens: Ergebnisse des Vorjahres.

Detaillierte Ergebnisse stehen im Internet unter www.destatis.de > Publikationen > Thematische Veröffentlichungen > Bildung, Forschung, Kultur zur Verfügung. Weitere Auskünfte gibt: Andrea Malecki, Telefon: +49 (0) 611 / 75 42 51, www.destatis.de/kontakt

IN BAYERN FALLEN JÄHRLICH SECHS MILLIONEN UNTERRICHTSSTUNDEN AUS

Die SPD-Landtagsfraktion kritisiert den hohen Unterrichtsausfall an bayerischen Schulen. Wie die Antwort auf eine SPD-Anfrage ergeben hat, fielen im Schuljahr 2014/15 an allen Schularten etwa acht Prozent des Unterrichts aus, das entspricht 165.423 Unterrichtsstunden pro Woche oder rund sechs Millionen Stunden im Jahr.

„Ich finde diese Antwort erschreckend. Der Unterrichtsausfall ist wie ein tiefer Krater in der Bildungslandschaft“, erklärte Fraktionschef Markus Rinderspacher beim SPD-Pressestammtisch im Bayerischen Landtag.

Durch in erheblichem Maß nicht gehaltenen Unterricht würden den Kindern Bildungs- und Aufstiegschancen genommen, ihre Förderung bleibe auf der Strecke, bedauerte der SPD-Fraktionschef.

Der SPD-Bildungssprecher Martin Güll sieht die Qualität der Unterrichtsversorgung in Bayern massiv beeinträchtigt. Er kritisierte beim Pressestammtisch, dass 3,5 Millionen Stunden von Lehrern zusätzlich zum eigenen Unterricht vertreten werden. „Die Staatsregierung spart auf Kosten der Schüler und Lehrkräfte. Die Gesundheit unserer Lehrer und Lehrerinnen leidet unter der dauernden

Mehrarbeit“, erklärte der Vorsitzende des Bildungsausschusses.

Die Situation an den bayerischen Schulen alarmiert die SPD auch deshalb, weil der Oberste Bayerische Rechnungshof bereits 2007/08 an Realschulen einen Unterrichtsausfall von elf Prozent festgestellt hatte. Genauso viel Unterricht entfiel auch 2014/15. „Es hat sich also nichts verbessert“, bedauerte Güll.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, jede durch den Schülerrückgang frei werdende Stelle im System zu behalten. „Das Wort ‘demographische Rendite’ darf im Haushalt nicht mehr vorkommen“, sagte Güll. Weiter müsse die sogenannte Mobile Reserve für die Grund-, Mittel- und Förderschulen aufgestockt und neu konzipiert werden.

Längerfristige Vertretungen wie Elternzeit und Mutterschutz sollten anders geregelt werden. Für die weiterführenden Schulen, wie Realschulen und Gymnasien, schlägt Güll vor, eine Personalreserve von zehn Prozent vorzusehen (Integrierte Reserve). Schließlich sei es langfristig erforderlich, die Lehrer so auszubilden, dass sie an verschiedenen Schularten unterrichten können und nicht in der Arbeitslosigkeit landen. Zum kommenden Schuljahr rechnet Güll damit, dass 3.000 Gymnasial- und Realschullehrer keine Anstellung beim Staat bekommen werden.

SLZ



SPD WILL RECHTSANSPRUCH AUF EINEN GANZTAGSSCHULPLATZ

FRAKTIONSCHIEF STROHMAYR BRINGT GESETZENTWURF IN DEN LANDTAG EIN

Die SPD will Familien einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz geben. Einen entsprechenden Gesetzentwurf bringt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Simone Strohmayer am Donnerstag ins Plenum des Landtags ein. Schülerinnen und Schüler sollen täglich von 8.00 bis 16.00 Uhr kostenfrei ein pädagogisch hochwertiges Ganztagsangebot erhalten.

Strohmayer betont: „Für viele Familien wäre das eine großartige Erleichterung ihres Alltags. Doch leider hinkt der Freistaat hier noch ganz weit hinterher. In 64 Landkreisen und

kreisfreien Städten gibt es keinen einzigen Gymnasiasten oder Realschüler, der eine gebundene Ganztagsklasse besucht, wie eine offizielle Anfrage ergeben hat. Und auch an den Grundschulen gibt es immer noch erhebliche Lücken. Ohne Rechtsanspruch wird sich in Bayern daran nichts ändern.“

Der Gesetzentwurf regelt auch die Betreuung der Schülerinnen und Schüler in Rand- und Ferienzeiten. Zudem sieht er ein Sonderinvestitionsprogramm für Schulhäuser vor, damit die Gebäude zum Beispiel mit Schulkantinen nachgerüstet werden können.



Dr. Simone Strohmayer

DIGITALE MEDIEN: GRUNDAUSSTATTUNG MANGELHAFT!

LÄNGST NICHT ALLE SCHULEN IN BAYERN VERFÜGEN ÜBER INTERNET UND COMPUTER „DAS ERSCHWERT MODERNEN UNTERRICHT“, FINDET BLLV-PRÄSIDENTIN FLEISCHMANN

Noch immer kommt der Einsatz digitaler Medien an Bayerns Schulen zu kurz. Es mangelt vielerorts an der Grundausstattung. „Der Befund ist nicht neu. Das macht ihn aber umso alarmierender, denn es tut sich einfach zu wenig“, kritisierte die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Simone Fleischmann, im Vorfeld einer von insgesamt acht Fachanhörungen zum Thema „Digitalisierung und Schule“.

Unter anderem geht es um die Ausstattung von Schulen mit entsprechender Hard- und Software, um Fragen der Finanzierung und um das Thema Sponsoring - denn: viele Schulen, die gut ausgestattet sind, haben dies ortsansässigen Unternehmen zu verdanken oder dem guten Willen der Kommunen, die die nötigen Kosten übernehmen. „Das können wir nicht hinnehmen“, sagte Fleischmann und forderte gleiche Standards für alle Schulen. „Während die meisten privaten Haushalte über Internet und Computer verfügen, kann die Ausstattung an Schulen nicht mithalten“, bemängelte Fleischmann. Das erschwere modernen Unterricht – zumal die meisten Lehrkräfte dem Einsatz digitaler Medien offen gegenüber stehen würden. Die erst im Oktober 2016 veröffentlichten Ergebnisse einer Befragung unter 1319 BLLV-Mitgliedern belegt, dass noch immer viele Wünsche offen sind: So beklagen über 66% der Befragten, dass die Ausstattung ihrer Schule mit Technik, Software und digitalen Unterrichtsmaterialien nicht

ausreicht. Knapp 65% geben an, dass leistungsstarke Internetzugänge in den Klassenzimmern fehlten, 72% kritisieren den Mangel an professioneller Betreuung von Software und Technik. Darüber hinaus verfügt nur eine Minderheit über transportable oder mobile Endgeräte. Sie könne die Aussagen von Staatsminister Spaenle nur bestätigen, dass sich an bayerischen Schulen „eine hohe Dynamik im Bereich der digitalen Bildung“ zeige. „Wenn der Minister gleichzeitig aber einräumt, dass es Mängel bei der zeitgemäßen IT-Ausstattung vor Ort und es bei einem Teil der Schulen sogar noch großen Verbesserungsbedarf gibt, ist Handeln angesagt“, erklärte die BLLV-Präsidentin. „Diese Schulen müssen schnellstens den Anschluss finden, sonst werden sie abgehängt.“ Es könne auch nicht sein, dass gute Ausstattung abhängig

sei vom Willen ortsansässiger Unternehmen, Geld in die Hand zu nehmen. „Im Kern sollten alle Schulen unabhängig davon agieren können. Was die Ausstattung digitaler Medien betrifft, müssten überall in Bayern gleiche Standards zugrunde gelegt werden“, forderte Fleischmann. An der Bereitschaft der Lehrerinnen und Lehrer jedenfalls läge es nicht, betonte sie: „Im Gegenteil. Wie unsere Befragung vom Herbst gezeigt hat, sieht die überwältigende Mehrheit in den digitalen Medien große Chancen für den Unterricht. Entsprechend viele Lehrkräfte signalisieren uns auch großes Interesse und große Lust. Viele improvisieren bereits auf hohem Niveau und zeigen großen persönlichen Einsatz. Sie können die Mängel beim immer noch schleppend verlaufenden Ausbau aber nicht wettmachen.“

SLZ 



CSU-BILDUNGSPAKET HÄLT NICHT, WAS ES VERSPRICHT

VORSITZENDER DES BILDUNGS-AUSSCHUSSES MARTIN GÜLL:

AKTUELL GIBT ES KAUM MEHR LEHRER

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Martin Güll hält das heute vom bayerischen Kabinett beschlossene sogenannte Bildungspaket für eine Täuschung der Bürgerinnen und Bürger.

„Das Bildungspaket hält nicht, was es auf den ersten Blick verspricht und geht damit am Anspruch, für Bildung zu begeistern, meilenweit vorbei“, erklärt Güll.

Der Vorsitzende des Bildungsausschusses verweist darauf, dass die für das Gymnasium öffentlichkeitswirksam angekündigten 1000 Stellen erst 2025 besetzt sein werden.

„Für alle, die jetzt im Gymnasium sind, kommt kein einziger neuer Lehrer“, stellt der SPD-Bildungspolitiker fest. Und auch für die anderen Schularten sieht es nach Auffassung von Güll nicht viel besser aus: „Die bayernweit rund 3000

Grund- und Mittelschulen erhalten aktuell nur 50 Stellen. Das ist nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.“ Insgesamt gibt es in Bayern neben dem Gymnasium 5000 allgemeinbildende Schulen, Grundschulen, Realschulen, Berufsschulen und Förderschulen. Für sie alle sind im Bildungspaket insgesamt nur 300 neue Lehrerstellen bis zur Landtagswahl 2018 vorgesehen.

SLZ 

EHRENVORSITZENDER NEPOMUK STAUDINGER WURDE 90 JAHRE



Weggefährten des Ehrenvorsitzenden Nepomuk Staudinger
v. li.: Hans Schindele - Türkheim, Rudolf Ruf - Mindelheim, Frau Staudinger



... v. li.: Hans Hönig - Donauwörth, Karl Klüger - Augsburg und Nepomuk Staudinger

Am 2. März diesen Jahres konnte unser Ehrenvorsitzender Nepomuk Staudinger seinen 90. Geburtstag feiern. Aus diesem Grunde sei folgend daran erinnert, welche den BLLV Schwaben prägende Persönlichkeit „unser Muk Staudinger“ in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war und bleibt.

Nach Kriegsdienst und Gefangenschaft landete der gebürtige Münchner im ehemaligen Landkreis Krumbach, wo er bereits 1948 einen ABJ-Kreisverband gründete und dessen Vorsitz übernahm. Seine verbandliche Karriere setzte sich in den folgenden Jahren kontinuierlich

fort: Vorsitz der ABJ Schwaben, Vorsitz des BLLV-Kreisverbandes Krumbach, Referent für Schulpolitik im BLLV Schwaben und schließlich in Nachfolge von Willy Stätter ab 1972 Bezirksvorsitzender im Bezirksverband. Auch in der Personalratsarbeit war Muk Staudinger ab der Einführung von Personalvertretungen 1959 permanent als ÖPR-Vorsitzender und später als BPR-Mitglied tätig. Seine letzte dienstliche Stelle als Rektor vor der Pensionierung im Sommer 1989 war die Leitung „seiner“ Hauptschule (heute Mittelschule) in Thannhausen. Zu den großen Verdiensten von Nepomuk Staudinger und seinen damaligen Mitstreitern im

Bezirksvorstand des BLLV Schwaben zählt ohne Frage der Bau des Studentenwohnheims in Augsburg, dessen Grundsteinlegung 1976 erfolgte. Auch die jährlichen schwäbischen Pensionistentage oder die Einrichtung des traditionellen Schwäbischen Lehrertages fällt in die Amtszeit von Staudinger und wird seitdem durch die Nachfolgenden erfolgreich weitergeführt.

Der BLLV Schwaben gratuliert auch auf diesem Wege seinem Ehrenvorsitzenden zum runden Geburtstag. Unsere besten Wünsche sollen Muk Staudinger weiterhin begleiten.

SLZ



DER AUFREGENDE FUSSBALLTAG FÜR GRUNDSCHULEN

Spaß am Fußball verbunden mit einer Spendenaktion für Kinder in Not.

Eine Initiative des BLLV zusammen mit der Sozialstiftung des Bayerischen Fußball-Verbandes.

Unter der Schirmherrschaft von Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

www.ball-helden.de



Unterstützt durch:



die Bayerische

Versichert nach dem Reinheitsgebot